

Neugestaltung ARGE – GR 27.7.2010
Rede

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Bürgermeister von Kirchbach,
meine Damen und Herren,

1. Die notwendige gewordene Neuorganisation der ARGE Freiburg – gemeinsame Einrichtung oder Option ... so oder so stellt sich nach ... Jahren Hartz IV Gesetze natürlich die Frage: Alles nur alter Wein in neugestrichenen Schläuchen?

Die ja weiter geltenden Hartz-Gesetze haben ihr vornehmliches Ziel, die Abschaffung oder Minderung der Langzeitarbeitslosigkeit nicht erreicht, im Gegenteil: Auch in Freiburg gibt es eine riesige, stete Zahl Langzeitarbeitsloser, es gibt eine zunehmende Spaltung in Arm und Reich, jedes 5. Freiburger Kind leidet unter Kinderarmut und – hier im schönen Freiburg gibt es einen eklatanten Anstieg ungesicherter Arbeitsverhältnisse zu Niedrigstlöhnen, die oft selbst bei Vollzeit zum Leben nicht reichen und staatlicherseits „aufgestockt“ werden müssen. Fast 30% aller Arbeitnehmer können von ihrer Arbeit in Freiburg nicht selbstständig leben. Egal wie – Ist wirklich alles und jedes immer noch besser als arbeitslos??! Dringend notwendig her muss die Sozialversicherungspflicht für alle von der Arge vermittelten Arbeitsverhältnisse, sonst ist z.B. die KassiererIn im Krankheitsfall nicht versichert und erwirbt keinen Rentenanspruch!
Ein weiteres Problem ist der nicht akzeptable Druck, da die Mietobergrenzen noch immer nicht dem Wohnungsmarkt angemessen gestaltet sind – Die Obergrenzen sind immer noch zu niedrig, es müssen Wohnungen deshalb aufgegeben werden und neue gesucht werden, die es hier nicht gibt...– ausserhalb der Stadt – raus aufs Land?

Die interne Kontrolle der Bescheide vor dem Versand durch unzureichend ausgebildete Mitarbeiter der Arge, ist zu gering; nur Arbeitslose, die fit und selbstbewusst genug sind, gehen rechtlich gegen die Bescheide vor. Bei Widerspruch gegen die ARGE werden viele Bescheide sofort und ohne weitere Nachfrage geändert!

Unter den gegebenen Umständen ist die gemeinsame Einrichtung besser als eine Optionskommune, die historisch gesehen ein Rückschritt wäre und eine Zersplitterung der Arbeitsmarktpolitik bedeutet.

Richtig ist eine bundesweit einheitliche Arbeitsorganisation für Vermittlung, Betreuung und Förderung aller Erwerbslosen allerdings – und dies möchten wir unbedingt an dieser –Stelle betonen, setzt dies langfristig eine radikale Änderung der Bundespolitik im

Arbeitslosenbereich, letztlich eine Abschaffung von Hartz IV, eine reformierte und vor allem demokratisierte Bundesagentur für Arbeit in Zukunft voraus, die ihren sozialpolitischen Auftrag ernstnimmt, und die die Kommunen systematisch einbezieht und nicht zuletzt , diese z.B. bei den horrenden Kosten der Unterkunft finanziell entlastet.

2. Diese Neuorganisation als gemeinsame Einrichtung bietet – im derzeit gegebenen Rahmen, aber auch gerade jetzt die Chance, im Interesse der Erwerbslosen Verbesserungen mit der Agentur für Arbeit Freiburg zu verhandeln und zu beschließen

Generell wollen die Unabhängigen Listen daher:

- Stärkung unserer kommunalen Kompetenzen und Einflussmöglichkeiten in dieser gemeinsamen Einrichtung
- Stärkung der Betroffenenrechte
- Transparenz von Verwaltungshandeln

Wir beantragen daher, die vorgeschlagenen Punkte unter IV für die Vertragsverhandlung mit der Agentur f. Arbeit um folgende Themen zu erweitern und bitten um Ihre Zustimmung:

Die Ausschöpfung aller politischen und rechtlichen Möglichkeiten , in den Kontroll- und Entscheidungsgremien der neuen Gem. E. : So z.B. zu verhandeln über ein Mitspracherecht von Erwerbslosen durch Sitz und Stimme in den neu zu bildenden örtlichen Beiräten der Jobcenter , übrigens auch in der bestehenden gemeinderätlichen AG Arge ist es angemessen, dass durchaus mehr als 1 Vertreter einer Erwerbslosenvertretung dort teilnehmen kann.

Eine unabhängige Ombudsstelle für BezieherInnen von Alg2 ist einzurichten als Anlaufstelle zur schnellen Klärung bezüglich unklarer und unrichtiger Bescheide, Beschwerden und Missstände bei der ARGE werden dort dokumentiert um Abhilfe zu erleichtern und – im Interesse beider Seiten - die Arbeit der ARGE nachhaltig zu effektivieren, solch eine Stelle hat in vielen Bereichen den Effekt der Klärung, des Schonen der Nerven und .. sogar der Kosteneinsparung durch evtl.unterbleibende Widerspruchs- und Gerichtsverfahren..

- Transparenz bzgl. Dienstanweisungen für Gemeinderat, Öffentlichkeit und Betroffene , die Auswirkung für die Betroffenen haben können – oft werden diese nur per Zufall oder nach ausgiebiger Recherche bekannt. Dies ist keineswegs ungewöhnlich: laut Informationsfreiheitsgesetz von 2006 müssen im Bund und in einigen Bundesländern inzwischen interne Anweisungen innerhalb 1 Monats für alle Bürger veröffentlicht werden.

Den kommunalen Gremien und Entscheidungsträgern werden gezielt aufbereitete sozialräumlicher Daten zur Verfügung gestellt, die der sozialen Diversität der Stadt und Stadtteile gerecht werden. (z.B. Kinderanteile, Alleinerziehende , Erwerbslose mit Behinderungen, Höhe der durchschnittlichen Mieten in den Stadtteilen , gezahlte Kosten der Unterkunft, endlich auch Daten ,wie viele HartzIV-Bezieher aus ihrem Regelsatz fürs tägliche Leben die Miete aufstocken, wie viele Menschen in welchen Stadtteilen befinden sich in Mietsenkungsverfahren, Langzeiterwerbslose, Erwerbslose mit Migrationshintergrund) Diese Daten sollen dem GR übersichtlich zur Kenntnis geben. So soll regelmäßig durch die Daten gezielt politisches Handeln befördert werden.

Die Zeitverträge der in der ARGE Beschäftigten sollen in fortlaufend qualifizierte ordentliche Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden. Die ARGE sollte die sukzessive Qualifizierung oder Einstellung von Beschäftigten / Fachpersonal mit multikulturellen Kenntnissen und Sprachfähigkeiten im Interesse der Erwerbslosen mit Migrationshintergrund anstreben . Auch die Behebung der erheblichen Defizite bei der Betreuung und Förderung erwerbsfähiger behinderter Hilfebedürftiger sind vonnöten. Gerade die Menschen mit Behinderung sind ein besonders benachteiligter Personenkreis im Arbeitsmarkt.

Der Gemeinderat sollte auch in die Richtung verhandeln und langfristig und nachhaltig einwirken, dass die Arge – im eigenen finanziellen Interesse , vorgeht gegen ausufernde Niedriglöhne und Leiharbeit in Freiburg. Ein Beispiel dergleichen gibt es in Stralsund z.B., wo die Arge gezielt anstrebt, die Zahl der „ Aufstocker“ – ein Unwort des Jahres – zu vermindern. Da geht es um Beschäftigte, die Pizza ausfahren, an Supermarktkassen sitzen, auf dem Bau arbeiten oder in einer Restaurantküche..., die oft in Vollzeit arbeiten, aber immer noch unter dem Existenzminimum....

Dass hier ein bundesweiter Mindestlohn schnell weitgehend Abhilfe schaffen kann, ist selbstredend.

Entscheidend bei den Verhandlungen der Stadt mit der Arge, ist unseres Erachtens, hier am Ort die sozialpolitische Aufgabe einer echten Qualifizierung wahrzunehmen und die Bemühungen zu forcieren, die Arbeitslosen auf jeden Fall in sozialversicherte Arbeitsverhältnisse zu vermitteln – zur Absicherung bei Krankheit und im Alter – sowie die Mietsenkungsverfahren , zusammen mit dem Gemeinderat - radikal zu minimieren- das wäre schon ein Riesenerfolg.

Wir bitten Sie, unseren entsprechenden Antragspunkten zuzustimmen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Ulrike Schubert